

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/02/2006

**über die öffentliche Sitzung am 01.02.2006,
Sitzungszimmer 601**

Beginn : 19:00 Uhr
Ende : 21:40 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Jörn Schade

Stadtverordnete

Herr Werner Bandick
Herr Lienhard Franz
Herr Dieter Heidenreich
Frau Monja Löwer
Herr Hartmut Möller
Herr Wolfgang Sinning
Herr Gerald Wittkamp

Bürgerliche Mitglieder

Herr Rafael Haase

Vertretung für Herrn Rolf Griesenberg

weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Karl-Heinz Harder
Frau Margot Sinning

- Seniorenbeirat (bis 20:35 Uhr) -
- Seniorenbeirat (bis 20:35 Uhr) -

Verwaltung

Frau Andrea Becker
Herr Waldemar Biernacki
Herr Ingo Reuter
Herr Ulrich Kewersun

- bis 19:20 Uhr, TOP 5 -
- Protokollführer -

Es fehlen entschuldigt

Stadtverordnete

Herr Rolf Griesenberg
Herr Heino Wriggers

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung des Protokolls Nr. 1 vom 18.01.2006
4. Gemeindliches Einvernehmen zu Einzelbauvorhaben nach § 36 Baugesetzbuch
5. Bebauungsplan Nr. 81 Beschluss der 1. Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich des in Aufstellung befindlichen B-Planes Nr. 81, Gebiet zwischen der Hamburger Str. 91, Bahnhofstraße, der Eisenbahnstrecke Hamburg-Lübeck bis zum rückwärtig verlängerten Flurstück der Hamburger Str. 91 a **2006/013**
6. Busstreckennetz im Ahrensburger Stadtgebiet - Vorstellung der Fahrgastzählung und weiteres Vorgehen -
7. Kenntnisnahmen
 - 7.1. Anfrage der CDU-Fraktion zur Entlastungsstraße Nord-Ost
 - 7.2. Maßnahmen zur Verkehrssicherheit
8. Verschiedenes
 - 8.1. Straßenbezeichnung "Rapsacker"
 - 8.2. Energiemanagement für die Lichtsignalanlagen
 - 8.3. Zustand des Industriestammgleises im Gewerbegebiet Nord
 - 8.4. Verkehrsabwicklung des aus den Richtungen Manfred-Samusch-Straße und Stormarnstraße auf den AOK-Knoten treffenden Kfz-Verkehrs
 - 8.5. Abbau und Umstellung von Schildern
 - 8.6. Flyer für die Verkehrsleitplanung
 - 8.7. Maßnahmen des Energiebeirates

1 Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende bezieht sich auf die bereits in der Einladung vom 19.01.2006 angekündigte Empfehlung, die Tagesordnungspunkte 9 und 10 in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten, da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls bzw. berechnigte Interessen Einzelner es erfordern. Ohne Aussprache wird anschließend über den entsprechenden Antrag des Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit abgestimmt. Alle Mitglieder des Bau- und Planungsausschusses stimmen dem zu; damit ist die gemäß § 46 Abs. 7 in Verbindung mit § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Ausschussmitglieder gegeben.

Ansonsten gibt es keine Änderungswünsche zu der in der Einladung vom 19.01.2006 vorgeschlagenen Tagesordnung; sie wird einstimmig angenommen.

2 Einwohnerfragestunde

Die Herren **Voss** und **Kupffer** beziehen sich auf die Aufträge zur Vorplanung der Entlastungsstraße Nord-Ost (vgl. Vorlagen-Nr. 2005/103). Die hierzu gestellten Fragen werden anhand der dem TOP 7.1 zu entnehmenden Verfahrensstände beantwortet. Die Verwaltung stellt ergänzend klar, dass derzeit alle Varianten näher untersucht werden, die Aufträge noch nicht die Ausführungsplanung betreffen und der im BPA am 18.01.2006 dargestellte Zeitplan (vgl. handschriftliche Seite 9 des Protokolls Nr. 1/2006) gegebenenfalls angepasst werden muss. Die Befürchtung der Einwohner, wonach der kurze Zeitraum für die Erstellung der Entwurfsplanung keine detaillierte Untersuchung aller Trassenvarianten zulasse, wird aus den o. g. Gründen von der Verwaltung nicht geteilt.

3 Genehmigung des Protokolls Nr. 1 vom 18.01.2006

Wie der Vorsitzende anmerkt, ist versehentlich vergessen worden, den umfangreichen Wortbeitrag des Herrn Peter Elmers zu TOP 5 "Komplettierung der Innenstadtsanierung zwischen Rondeel und Woldenhorn (Vorlagen-Nr. 2005/082.1)" mit ins Protokoll aufzunehmen. Man kommt überein, stattdessen diesem Protokoll seine schriftlichen Ausführungen beizufügen.

Auf Nachfrage wird in Bezug auf die handschriftliche Seite 11 klargestellt, dass die im Protokoll festgehaltene Aussage zutrifft, wonach im Haushalt 2006 keine Mittel für den Ausbau der Großen Straße bereitgestellt worden sind.

Auf Anregung eines Ausschussmitgliedes kommt man überein, das Protokoll um folgenden **TOP 8.9** zu ergänzen:

Bebauungsplan 78 – Faunistische Potentialabschätzung für Fledermäuse

Ein Ausschussmitglied moniert, dass die im Auftrag der GbR Projekt Buchenweg erstellte Potentialabschätzung zwar im BPA am 07.12.2005, nicht aber im Umweltausschuss behandelt wurde (vgl. Protokoll Nr. 1/2006 über die Sitzung des Umweltausschusses am 11.01.2006/TOP 6.11, handschriftliche Seite 24 ff.).

Auf Verständnisfrage zur Protokollierung des TOP 8.3 erläutert die Verwaltung, dass beim Geschwindigkeitsmessgerät die Chips zur Speicherung der Daten ausgefallen sind; von der aufwendigen Reparatur habe man bisher angesichts der langfristige Erkrankung eines Mitarbeiters Abstand genommen.

Keine weiteren Einwendungen. Damit gilt das Protokoll unter Berücksichtigung der oben genannten beiden Ergänzungen als genehmigt.

4 Gemeindliches Einvernehmen zu Einzelbauvorhaben nach § 36 Baugesetzbuch

Wie die Verwaltung bekannt gibt, liegen derzeit keine entscheidungsreifen Einzelbauvorhaben vor.

5 Bebauungsplan Nr. 81 Beschluss der 1. Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich des in Aufstellung befindlichen B-Planes Nr. 81, Gebiet zwischen der Hamburger Str. 91, Bahnhofstraße, der Eisenbahnstrecke Hamburg-Lübeck bis zum rückwärtig verlängerten Flurstück der Hamburger Str. 91 a 2006/013

Auf einen Sachvortrag wird verzichtet.

Wie die Verwaltung auf Nachfrage betont, ist gemäß § 17 Abs. 2 BauGB eine zweite Fristverlängerung um ein weiteres Jahr möglich, dies jedoch nur, wenn besondere Umstände es erfordern und mit Zustimmung des Innenministers Schleswig-Holstein. Aufgrund des Verfahrensstandes ist aber nicht davon auszugehen, dass diese weitere Verlängerung erforderlich sein wird.

Anlässlich des verkleinerten Geltungsbereiches der Veränderungssperre wird eine entsprechende Teilung des B-Planes Nr. 81 in die Bereiche A und B nach kurzer Aussprache verworfen.

Wie die Verwaltung betont, tritt die Veränderungssperre automatisch am 12.03.2006 außer Kraft, sodass die Verlängerung unbedingt einer Beschlussfassung am 27.02.2006 durch die Stadtverordnetenversammlung bedarf.

Über den Beschlussvorschlag wird anschließend abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein waren weder Stadtverordnete noch Bürgerliche Ausschussmitglieder von der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes ausgeschlossen.

6 Busstreckennetz im Ahrensburger Stadtgebiet - Vorstellung der Fahrgastzählung und weiteres Vorgehen -

Die Verwaltung hält insbesondere anhand

- des stichwortartigen Konzeptes (Anlage 1),
- der Darstellung des Rendezvous-Systems am Bahnhof Ahrensburg (Anlage 2) und
- des seit Dezember 2005 von den Stadtbuslinien gefahrenen Streckennetzes (Anlage 3)

den angekündigten Bericht über die Analyse der Fahrgastzählung und die denkbaren Auswirkungen.

Die Ausschussmitglieder begrüßen die Aufbereitung des Zahlenmaterials. Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung, dass die vorgeschlagenen Verbesserungen allein auf Erfahrungswerten beruhen und noch näher mit der HVV GmbH abgestimmt werden müssten. Offensichtlich sei jedoch, dass im Quartier Reesenbüttel (insbesondere im Ammersbeker Ortsteil Daheim und in der Umgebung der nördlichen Rantzaustraße) in den vergangenen Jahren viele Buskunden verloren gegangen sind, was angesichts eines 60-Minutentaktes der Linie 569 zu den Bahnhöfen auch nicht verwunderlich sei. Hier besteht ein akuter Handlungsbedarf.

In den folgenden Wortbeiträgen kommt zum Ausdruck, dass der städtische Förderbetrag in Höhe von rd. 100.000 € jährlich auch beibehalten werden sollte, wenn der Kreis wie aufgezeigt einen Teil des Bedienungsangebotes künftig selbst finanziert. Das Ziel, die Linie 569 generell tagsüber im 30-Minutentakt zu bedienen, ist nachvollziehbar und dürfte wie seinerzeit im Gartenholz zu mehr Fahrgästen führen.

Nach Klärung einiger Verständnisfragen wird insbesondere erinnert an die vor etwa fünf Jahren mangels Nachfrage eingestellte Bedienung der Teillinie 269 vom U-Ahrensburg West zum Eingang des Friedhofs/neuer Teil im Bornkampsweg. Eine Wiederaufnahme dieser Strecke einschließlich einer Verlängerung zum Gut Wulfsdorf bzw. zum Allmende-Gelände kommt nach Einschätzung der Verwaltung allenfalls in Betracht, wenn die Wohnbevölkerung in diesem Ortsteil durch eine städtebauliche Entwicklung noch stark zunimmt.

Ferner wird angeregt, in den Streckenabschnitten Reeshoop, Siedlung Steinkamp und Wulfsdorfer Weg zusätzliche Haltestellen zu schaffen, um die heute noch längeren Wege weiter zu minimieren.

Inwieweit die Planungsmittel von 15.000 € zum Einsatz kommen, wird in einer der nächsten Sitzungen geklärt. Ein Ausschussmitglied regt abschließend an, dass interessierte Mitglieder der Selbstverwaltung mit der Verwaltung hierzu einen Gesprächskreis bilden.

7 Kennntnisnahmen

7.1 Anfrage der CDU-Fraktion zur Entlastungsstraße Nord-Ost

Nachstehend sind in das Protokoll integriert die der Verwaltung vorab übermittelte Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.01.2006 sowie die hierzu gefertigte Stellungnahme:

Anfrage im Bau- und Planungsausschuss v. 1.02.06 zur Vorplanung, Voruntersuchung der Entlastungsstraße Nord-Ost

- Welche Aufträge sind für die Planung der Entlastungsstraße vergeben worden?
Welche Aufgabenstellung / welchen Zweck haben diese Aufträge?
Auf welche Planungsphase beziehen sich diese Aufträge?
- Welche Vermessungsarbeiten sind bisher in Auftrag gegeben worden?
- Welche Trasse-, bzw. Trassenvarianten sind bisher und in welcher Form vermessen worden?
- In welcher Weise wirkt sich die erlassene Haushaltssperre auf die Vorplanung insgesamt und konkret auf die Vermessungsarbeiten aus?
- Ist der Verwaltung bekannt, dass alle notwendigen geologischen Unterlagen für das betroffene Gebiet bei Herrn Kausch (Adresse dürfte der Verwaltung bekannt sein) kostenlos zur Verfügung stehen?
- Wann liegen die im Herbst 2005 für die Tunnelvariante erfragten detaillierten Kostenschätzungen vor?

Für die CDU-Fraktion
Jörn Schade

Zu der Anfrage nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Es wurde am 08.02.2005 mit den ersten Planungsleistungen, einschließlich der Vorplanung, das Verkehrsplanungsbüro BDC beauftragt, anschließend die Planungsleistung für die Straßenplanung und für das bzw. die Ingenieurbauwerk(e) nach VOF ausgeschrieben.

Nach dem Votum der Stadtverordnetenversammlung am 16.01.06 bzw. 17.01

06 hat die Stadt ferner an das Straßenplanungsbüro M+O einen Auftrag zur Überprüfung und Spezifizierung der Vorplanungsergebnisse der einzelnen Trassenvarianten vergeben.

Mit dem gleichen Inhalt wurde das Ingenieurbüro WTM für die Konstruktion des bzw. der Ingenieurbauwerke(s) beauftragt.

Zur Überprüfung der umweltfachlichen Aussagen und deren Spezifizierung wurde das Landschaftsplanungsbüro Bielfeld + Berg beauftragt.

Ein Vermessungsbüro hat einen Auftrag zur Bestandsvermessung des Untersuchungsraumes bekommen. Ohne eine Vermessung können die gewünschten Aussagen nicht schon im Rahmen der Vorplanung getroffen werden. Es gab bisher noch keine Vermessung irgendeiner Trassenvariante. Alle Aussagen über die Höhenlage und Entfernung der einzelnen Trassen fanden auf Grundlage von Karten statt. Die Genauigkeit solcher Aussagen reichte in der weiteren Diskussion nicht mehr aus, sodass die Bestandsvermessung beauftragt wurde.

Alle Aufträge beziehen sich auf die Planungsphase Vorplanung.

Der Verwaltung ist der Umstand bekannt, dass Herr Kausch über geologische Unterlagen über das Untersuchungsgebiet besitzt. Die Verwaltung wird gegebenenfalls darauf zurückgreifen.

Detaillierte Aussagen über die in der Vorlagen Nr. 2005/103 genannten Kosten hinaus, können erst bei der Vorstellung der Vorplanungsergebnisse vorgelegt werden.

Die Haushaltssperre wirkt sich nicht auf die Planung bzw. Vermessung der Entlastungsstraße aus, da diese Arbeiten über einen entsprechenden Haushaltsausgaberest bei der HHSt. 6350.9460 abgewickelt werden – bereits im Rahmen des Haushalts 2005 waren 90.000 € bereitgestellt.

7.2 Maßnahmen zur Verkehrssicherheit

Wie der FD IV.3 Straßenwesen bekannt gibt, werden in Abstimmung mit der städtischen Verkehrsaufsicht angesichts der Straßenzustände aus Gründen der Verkehrssicherheit in Kürze folgende Anordnungen festgesetzt:

- Im Fannyhöh zwischen Schillerallee und Am Wiesengrund Schrittgeschwindigkeit
- In der Stormarnstraße zwischen Klaus-Groth-Straße und Gerhart-Hauptmann-Straße eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h
- Im Ahrensburger Redder südlich der Einmündung der Teichstraße eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h

Ferner wird in Bezug auf die Querungshilfe in der Bünningstedter Straße auf Höhe des Steinkamps bekannt gegeben, dass unverzüglich nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2006 über die Mittel der HHSt. 6600.9600 die Grobplanung durch ein externes Büro erstellt und mit dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV-SH), Niederlassung Lübeck, abgestimmt wird.

Der Ausschuss nimmt von den Ausführungen Kenntnis. Auf den ergänzenden Hinweis nach dem desolaten Fahrbahnzustand im Waldemar-Bonsels-Weg, südlich des Waldemar-Bonsels-Platzes, verweist die Verwaltung auf die für den Ausbau dieses Straßenabschnittes unter der HHSt. 6370.9513 im Haushaltsplan 2006 eingestellten Mittel von 150.000 €.

8 Verschiedenes

8.1 Straßenbezeichnung "Rapsacker"

Bezug nehmend auf die am 18.01.2006 vorgetragene Bitte eines Gewerbebetriebes (vgl. BPA-Protokoll Nr. 1/2006; TOP 8.4) wird von den Ausschussmitgliedern festgestellt, dass sich noch nicht alle Fraktionen mit der Frage befasst haben, ob der von der Stadtverordnetenversammlung gewählte Straßenname "Rapsacker" geändert werden soll. Das Thema soll abschließend in der BPA-Sitzung am 15.02.2006 geklärt werden.

8.2 Energiemanagement für die Lichtsignalanlagen

Die Verwaltung bezieht sich auf die EU-weite Ausschreibung der Stromversorgung bei der Stadt Ahrensburg. Nunmehr liegt bezogen auf die Lichtsignalanlagen ein Bericht vor über den Energieverbrauch in den Jahren 2002 – 2005 und die Energiekosten des Jahres 2005; die Auswirkungen des Ausschreibungsergebnisses sind hierin ablesbar.

Man kommt angesichts des umfangreicheren Berichtes überein, jeder Fraktion ein Exemplar zur Verfügung zu stellen.

Anmerkung der Verwaltung:

Ausdrucke des Berichtes werden verteilt an die Ausschussmitglieder Schade, Sinning, Heidenreich und Löwer.

8.3 Zustand des Industriestammgleises im Gewerbegebiet Nord

Nachdem das im Eigentum der Stadt Ahrensburg befindliche Industriestammgleis im Gewerbegebiet Nord in den 90er Jahren nur noch gelegentlich für den Gütertransport genutzt worden war, wurde der Betrieb des Gleises vor einigen Jahren ganz eingestellt und mit der DB AG ein Vertrag über das Entfernen der Weichen auf der Bahnstrecke Hamburg-Lübeck geschlossen.

In der kürzlich vorgenommenen Begehung konnte festgestellt werden, dass die eingestellte Unterhaltung und Pflege des Stammgleises zu einem beschleunigten Verfall der Anlage führt. Die Verwaltung kündigt daher an, in einer der nächsten Sitzungen zu berichten, ob und mit welchen wirtschaftlich vertretbaren Maßnahmen diese Einrichtung zumindest von der Substanz her erhalten werden kann.

8.4 Verkehrsabwicklung des aus den Richtungen Manfred-Samusch-Straße und Stormarnstraße auf den AOK-Knoten treffenden Kfz-Verkehrs

Mehrere Sitzungsteilnehmer merken an, dass es bei dem vom Westen auf den AOK-Knoten zufließenden Verkehr häufig zu größeren Rückstauungen kommt. Nachdem diskutiert worden ist, auf beiden Fahrspuren der Manfred-Samusch-Straße ein Linksabbiegen in die Straße An der Reitbahn zu ermöglichen und die kurze Rechtsabbiegerspur der Straße An der Reitbahn in die Hamburger Straße zu Lasten der Nebenanlagen zu verlängern, kommt letztlich überein, die Verwaltung mit der Erarbeitung einer Konzeption – evtl. mit mehreren Umbauvarianten – zu beauftragen. Diese soll in einer der nächsten Ausschusssitzungen vorgestellt und beraten werden.

8.5 Abbau und Umstellung von Schildern

Ein Ausschussmitglied bittet die Verwaltung, verstärkt darauf zu achten, nicht mehr benötigte Schilder auch tatsächlich abzubauen. Beispielhaft wird das Straßennamensschild "Rathausplatz" erwähnt, das durchgestrichen ist und lediglich während der Übergangsphase nach der Umbenennung in *Manfred-Samusch-Straße* aufgehängt werden sollte.

Des Weiteren nimmt das Ausschussmitglied Bezug auf die berechtigten Anregungen eines Einwohners in der letzten Sitzung, zusammen mit dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Lübeck, bei der Beschilderung einer überregionalen Umleitung die neue Straße Kornkamp-Süd mit

zu berücksichtigen und bei dieser Umstellung gleichzeitig die Anzahl der Richtungsschilder zu minimieren.

8.6 Flyer für die Verkehrsleitplanung

Ein Ausschussmitglied verwies in der BPA-Sitzung am 19.10.2005 (vgl. Protokoll Nr. 15/2005, TOP 9.5) auf einen WAB-Antrag und bat die Verwaltung, Flugblätter für das Parkleitsystem zu erstellen und an den Handel zu verteilen. Wie die Verwaltung hierzu am 07.12.2005 (vgl. BPA-Protokoll Nr. 18/2005, TOP 12) betonte, ist dieses im Jahr 2006 möglich.

Auf die Erinnerung eines Ausschussmitglied sagt der FD IV.3 zu, den Flyer zu entwerfen und zu verteilen, sobald es die Arbeitsbelastung zulässt.

8.7 Maßnahmen des Energiebeirates

Wie die Verwaltung auf Nachfrage berichtet, sind die vom Energiebeirat beschlossenen und von der E.ON Hanse finanzierten Energiesparmaßnahmen angelaufen: Mit der Installation einer energiesparenden Straßenbeleuchtung und mit dem Einbau der LED-Signalgeber bei den Lichtsignalanlagen wurde begonnen.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Ausschusssitzung um 20:35 Uhr.

gez. Jörn Schade
Vorsitzender

gez. Ulrich Kewersun
Protokollführer

gez. Jörn Schade
Vorsitz

gez. Ulrich Kewersun
Protokoll